

Das Programm der 50. Tagung des Bitterbundesrates.

Genf. Die veröffentlichte vorläufige Tagesordnung der am 4. Juni beginnenden 50. Tagung des Bitterbundesrates enthält 24 Punkte, darunter vor allem den ungarisch-rumänischen Östentententritt und den Stillstand von Ost. Gotthard. Im ungarisch-rumänischen Östentententritt erwartet der Rat die endgültige Antwort Rumäniens in Bezug auf seine im Dezember gemachten und von Ungarn sofort angenommenen Vorläufe. Diese Vorläufe sehen dahin, daß das Semikomitee ungarisch-rumänische Schiedsgericht durch zwei neutrale Richter erweitert wird, und das von Rumänien seit zwei Jahren zurückgehaltene rumänische Mitglied seine Arbeit im Schiedsgericht wieder aufnehmen soll, das dann über die von ungarischen Östententen wegen ihrer auf Grund der rumänischen Korrekturen erfolgten Entzahnung erhobenen Klagen zu entscheiden hat. In Bezug auf den Stillstand von Ost. Gotthard wird der Bitterbundesrat den Bericht seines Vorkomitees, bestehend aus dem holländischen, dem amerikanischen und dem finnischen Staatsrat, entgegennehmen, der vor einigen Tagen im Haag zusammengetreten ist und seine Beratungen bereits abgeschlossen hat. Der unter Einwirkung von zwei Nahrungsmittelherstellern und zwei Bahn- und Postverwaltungen abgeleitete Bericht wird sich auch auf das künftig einschlagende Verfahren beziehen über die Befugnisse des Ratpräsidenten in ähnlich liegenden Fällen. Der Bericht soll in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Ferner hat Albanien auf Grund des Artikels 11 des Bitterbundespatentes eine neue Frage vor den Bitterbundesrat gebracht, die das albanische Eigentum in Griechenland und die albanische Minderheit in Griechenland betrifft.

Außer diesen politischen Fragen steht die oberste Schlichtung auf der Tagesordnung, zu der vom Deutschen Volksbund in Oktoberdritten vier neue Beschwerden vorliegen. Diese werden zusammen mit einer früheren Beschwerde des Deutschen Volksbundes auf Grund des unlangst erlangenen und Deutschland ähnlichen Urteilspruches des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag zur Entscheidung gelangen. Schließlich stehen zwei polnisch-litauische Fragen zur Debatte, nämlich der Bericht des holländischen Außenministers Verlaart über den Stand der auf Grund des Dezemberabkommens des Vates zwischen Polen und Litauen aufgenommenen direkten Verhandlungen, und eine von Litauen gegen Polen vorgedachte Minderheitsklage.

Antwort Italiens auf Kelloggs Antikriegspakt-Vorschlag.

London. Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ meldet: Der Wortlaut der italienischen Antwort auf die Kellogg-Note wird heute vormittag veröffentlicht werden. Sie wird vom Staatsdepartement als im allgemeinen ermutigend betrachtet, da Mussolini erklärt, daß Italien „getreu der Politik, die es ständig verfolgt, diese Initiative mit lebhafter Sympathie begrüßt hat und seine herzliche Mitarbeit zur Erreichung einer Vereinbarung sehr bereitwillig anbietet.“

Gegen Ende der Note wird daran erinnert, daß ein Vorschlag betreffend eine vorbereitende Konferenz juristischer Sachverständigen in Erwägung gezogen worden ist, und es wird angelegt, daß ein juristischer Sachverständigen der Vereinigten Staaten an einer solchen Konferenz teilnehmen sollte, da diese sonst zwecklos wäre. Der „Times“-Korrespondent sagt: „Nach Ansicht des Staatsdepartements würde die Note viel weniger ermutigend sein, wenn nicht inzwischen eingetretene Ereignisse die Bedeutung dieses letzten Teils der italienischen Note verringert hätten. Was unter diesen Umständen eingetretene Ereignisse zu verstehen ist, wurde nicht gesagt; aber man darf annehmen, daß Großbritannien nicht länger geneigt ist, diese Juristenkonferenz zu begünstigen. Das Staatsdepartement scheint infolgedessen der Meinung zu sein, daß dieser Vorschlag der italienischen Antwort die hervorragende Bedeutung einbüßt hat, die er andernfalls gehabt hätte. Die Veröffentlichung des fraglichen Teils wurde trotzdem von der italienischen Regierung gewünscht, und das hat auch Kellogg Gelegenheit gegeben, seine Ansicht zu wiederholen, daß die angeregte Konferenz unnötig ist und bleibt.“

Die Angelegenheit des Prinzen Carol in England.

London. Die Morgenblätter geben ihrer Berichterstattung über die gestern erfolgte Ausweisung des Prinzen Carol durch den Minister des Innern Ausdruck, wenn sie auch der Meinung sind, daß der Prinz bei der ganzen Angelegenheit eher das Spielzeug einer Anzahl rumänischer und anderer Abenteuerer gewesen ist und sich über die politischen Folgen seiner Handlungen bzw. der Handlungen dieser Katastrophe nicht klar war. Daily Herald meldet, der englische Journalist Deatcott, der in der Angelegenheit eine hervorragende Rolle gespielt hat, sei ein freier Journalist, der in dem Briefwechsel von Winston Churchill des Vertrauens von Adrian besonders bei Lord Rothermere's Blättern an erster Stelle beteiligt gewesen sei. Daily Mail bezieht aber heute, irgendwas mit der Proklamierung oder der Verletzung der beiden Flugzeuge zu tun gehabt zu haben. Das Blatt erklärt, es sei ein erfolgreicher Versuch gemacht worden, die Daily Mail in die Angelegenheit des Prinzen Carol hineinzuziehen. Emisäre des Prinzen hätten zweifelhafte Versuche unternommen, Lord Rothermere zu sprechen, um die Daily Mail zu veranlassen, Abschriften der Proklamierung des Prinzen zu drucken und Flugzeuge für ihre Verteilung in ganz Rumänien zu mieten. Die Emisäre seien gewesen der Waise des Prinzen Carol, der rumänische Graf Jonsco, und ein englischer Journalist, der in der europäischen Presse viel über den Fall geschrieben. Lord Rothermere habe ihnen durch seinen Privatsekretär erklärt lassen, er lehne es ab, sie zu empfangen oder überhaupt ihre Pläne zu erörtern.

Ein Direktor der Standard Oil Company zum Rücktritt aufgefordert.

New York. Oberst Robert W. Stewart, der Direktor der Standard Oil Company von Indiana, der kürzlich als Zeuge von dem mit der Untersuchung der Teapot Dome-Angelegenheit betrauten Ausschuss vernommen wurde, ist von Rockefeller zum Rücktritt aufgefordert worden. Dieser Schritt Rockefeller's hat in Finanzkreisen das größte Aufsehen hervorgerufen. Rockefeller hat gestern abend eine Erklärung veröffentlicht, in der er sagt, er habe das Vertrauen zur Leitung Stewart's verloren und habe ihn deshalb jetzt aufgefordert, sein Verbleiben, er werde zurücktreten, wenn er dazu aufgefordert werde, zu erfüllen.

Reichsminister von Reubell über das Reichsschulgesetz.

Leipzig. In einer Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei sprach am Mittwoch abend Reichsminister von Reubell, der am 1. Mai durch Amtspflichten verhindert war, bei der deutschnationalen Vertretertagung den angelegten Vortrag zu halten, über das Reichsschulgesetz.

Einleitend stellte er kurz die Entscheidung des Reichsgerichts zum Verbot des Rotfrontkämpferbundes und betonte, daß nach dieser Entscheidung die Verantwortung für die Erhaltung der Staatsautorität maßgebenden Stellen gegenüber den bolschewistischen Bestrebungen nicht geringer, sondern nur noch größer geworden sei.

Sobald führte er aus, daß für die Deutschen Volkspartei die weltanschaulichen Grundzüge der Erhaltung der Regierungskoalition voranstünden. Dies gelte namentlich für die kulturpolitischen Aufgaben und in erster Linie für das Reichsschulgesetz. Ein parlamentarischer Austausch sei bei diesem für die Partei untragbar. Entscheidend sei die Frage, ob in Zukunft die christliche Bekenntsschule gleichberechtigt sei oder an einer Bekenntsschule beibehalten werden solle. Gerade mit den Grundzügen der Weimarer Verfassung sei es unvereinbar, andere Richtungen den Schülern der Bekenntsschule aufzuzwingen. Der Minister wandte sich dann gegen die Behauptungen, daß das Reichsschulgesetz auf Grund von Abmachungen mit dem Zentrum eingebracht worden sei und daß das Gesetz ein Verrat am Erbe Luther's sei. Gerade dem Reichsschulgesetz in seiner Beschaffenheit würde es auch bei der Einführung der Bekenntsschule als Regelschule ein Recht sein, die katholische Bekenntsschule, und sei es auch als Anstaltschule, durchzusetzen, während dies dem zerrissenen evangelischen Volkteil nicht möglich sein würde. Das Reichsschulgesetz könne nur im Einvernehmen mit beiden Konfessionen zustande kommen.

Der Minister erinnerte in diesem Zusammenhang an die Verhältnisse in Sachsen, wo die evangelischen Belange nicht weniger als gewahrt seien. Er fuhr dann fort, die Bekenntsschule könne keine Einmischungsstelle sein, ebensowenig wie eine christliche Schule, da es in ihr nicht möglich sei, den Unterricht, wie die Verfassung es vorschreibt, so zu erteilen, daß die Gefühle Andersdenkender nicht verletzt werden.

Die in der Verfassung weiter vorgeschriebene Wahrung der Elternrechte bedeute keinen Eingriff in die Schulpflicht, sondern den Niederschlag der Verpflichtungen der Eltern ihren Kindern gegenüber. Auch die angebliche Wiederkehr der weltlichen Schulaufsicht sei ein Märchen. Nach der Verfassung sei der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundzügen der Religionsgesellschaften zu erteilen. Die Kirche habe also lediglich mit dem Religionsunterricht zu tun. Der Evangelische Oberkirchenrat habe stets den Standpunkt vertreten, daß die Schulaufsicht in erster Linie durch Schulmänner auszuüben sei, die auf dem Boden der Kirche

stehen. Die Schulaufsicht christlicher Schulkreise, wie sie jetzt teilweise ausgebaut werde, sei jedenfalls für christliche Eltern nicht tragbar. Selbstverständlich könne die Gesetzgebung nicht bezwecken, Christen heranzuziehen. Ihre Aufgabe aber sei es, die Grundlagen dafür zu schaffen, daß die Jugend nicht zum Objekt für Versuche aller Art gemacht und der Wille der Elternschaft nicht in das Gegenteil verkehrt werde. Selbst das nationale Bildungsideal zu fördern, sei die Gemeinschaftsschule angeht, der Misset, der durch unser Volk gebe, nicht geeignet. Anstatt der Toleranz zu dienen, würde die Gemeinschaftsschule eine Vergewaltigung Andersdenkender bedeuten.

Aus diesen Gründen lehnen wir es ab, so schloß der Minister unter lebhaftem Beifall, und im Zeitalter der Demokratie einen Schultyp aufzuzwingen zu lassen, der dem Willen weiter Kreise der christlichen Elternschaft widerspricht. Gerade die Versuche in Sachsen sind neben den Forderungen der Weimarer Verfassung für den Erlass eines Reichsschulgesetzes maßgebend gewesen, und wir werden für das Zustandekommen des Gesetzes weiterkämpfen zum Heile unserer Kinder.

Eine weitere Wahlrede v. Reubells.

Salz a. S. In einer Wahlversammlung sprach im Stadtschützenhause der Reichsminister des Innern v. Reubell. Eingangs befahte sich der Minister eingehend mit der Schulfrage, wobei er sich wiederum gegen die Gemeinschaftsschule wandte, die nach den Bestimmungen der Verfassung keine christliche sein könne. Er kam dann auf die Reichswehr zu sprechen und erklärte, ein Hauptgrund, weshalb sich die Deutschen an der Renierung mitbeteiligt haben, sei der, daß sie glaubten, die Absichten der Sozialdemokratie in Bezug auf die Reichswehr vermindern zu können. Ueber die Frage der Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reich und Preußen äußerte sich der Minister dahin, daß die Bismarcksche Politik verlassen und durch eine solche ersetzt sei, die nicht mehr mit der alten Politik zu tun habe. Zum Schluß stellte der Minister einige persönliche Anträge richtig, die vor einigen Tagen vom „Vorwärts“ gegen ihn gerichtet worden sind, und bezeichnete die Behauptung, daß er als Aufsichtsratsmitglied der Roggenrentenbank während seiner Amtszeit 600 000 Mark kreditiert erhalten habe, als erlogen. Einen Tag, bevor ich mein Ministerium übernommen habe, so führte er aus, bin ich aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Dieses Amt hat mir jährlich 3000 Mark eingebracht. Der Schaden, den ich durch die Siegelungsforderung auf meinem Gut erlitten habe, beläuft sich auf eine halbe Million. Der Minister schloß mit der Aufforderung, am 20. Mai für die nationale Sache einzutreten.

Die „Bremen“-Flieger in Philadelphia.

New York. (Telephon.) Die Ozeanflieger sind am Bord der Junkersmaschine in Philadelphia gelandet. Sie wurden von einer riesigen Menschenmenge jubelnd begrüßt.

New York. Die „Bremen“-Flieger starteten gestern vormittag 10,40 Uhr mit dem Junkers-Flugzeug F 13 auf dem Flugplatz Curtistfield zu dem geplanten Rundflug.

Philadelphia. (Telephon.) Die „Bremen“-Flieger, die auf ihrem Rundflug durch die Vereinigten Staaten gestern mit Sturm, Nebel und schwerer Wellenbrüche verunsichert harter Verspätung auf dem Flughafen der fliegenden Marineflieger eingetroffen sind, wurden vom Bürgermeister von Philadelphia herzlich begrüßt. Die Flieger führten unter dem sorgfältigen Fabel der Beobachtung im Automobil durch die mit den Flaggen Amerikas, Irlands und des Deutschen Reiches und des Bildern der Flieger geschmückten Straßen zur Freiheitshalle, wo sie einen Kranz niederlegten, und besahen darauf Benjamin Franklin's Grab. Später folgten sie einer Einladung der Handelskammer zu einem Frühstück.

Nachmittags besahen die Flieger ein Theater, wo Lichtbilder von ihrer Landung in Philadelphia, sowie alle Aufnahmen seit ihrer Landung in Greenly Island vorgeführt wurden. Abends wurden den Fliegern in Ehren von den irischen und deutschen Gesellschaften ein Festbankett veranstaltet.

Konig Dr. Gensler begrüßte in Vertretung des verhinderten deutschen Botschafters die Flieger in längerer Rede, in der er auf die Mitwirkung der Deutschen und der Iren an der Entdeckung Pennsylvanias hinwies. Auch der Bürgermeister betonte in seiner Ansprache, daß deutscher Flieger den Osten Pennsylvanias besiedelt und irische Energie die Gegend jenseits der Alleghany-Berge erschlossen habe.

Darauf ergriff Gensler das Wort, der nach einem Dank an den ausweisenden Professor Junkers, dessen Genie das Flugzeug errichtete, und an die deutschen Arbeiter, die es erbaute, die Gefahren des Ozeanfluges schilderte, der sie mit ihrem irischen Kameraden eng verbunden habe und sie habe vergessen lassen, daß sie vor 19 Jahren einander feindselig gegenübergestanden hätten.

Der nächste Redner Pastor Evers von der hiesigen lutherischen Kirche betonte, daß die Deutsch-Amerikaner wie so häufig auf ihre neue Heimat gewiesen seien, wie heute angeht die gewaltigen Anteilnahme an dem Sieg der deutschen Flieger.

Dann sprach Gensler, der darauf sprach, gebärdete des gestern üblich abgehörten amerikanischen Dauerfliegers Thomas und bezeichnete es als einzigen Trost, daß Vioniere ihr Leben daran setzen möchten, um die Menschheit weiter zu bringen. Nur der Patriot werde den Patrioten anderer Staaten verstehen, daher hätten die drei heute in Ehrfurcht in der amerikanischen Freiheitshalle gelandet auf hohem Boden, wo die amerikanische Nation sich unabhängig gemacht habe. Freiheit von kleinlichen Paragraphen und ungerechten Einengungen seien die Grundbedingung für den Fortschritt, die Zivilisation und die Verhöhnung der Völker.

Während des Banketts erschien eine Abordnung der Vereinigten amerikanischen Gewerkschaften, die die Flieger herzlich begrüßten.

Der Neubau der Reichskanzlei.

Berlin. Am 18. Mai kann die Reichskanzlei auf ihr 50-jähriges Bestehen zurückblicken. Nachdem der Neubau auf dem Neuen Grundstück des alten Gebäudes geendet ist, wird am 18. Mai, also am Jubiläumstage, der Grundstein zum Neubau um 12,30 Uhr mittags in feierlicher Form gelegt werden. Auch Reichspräsident von Hindenburg hat sein Erscheinen zugesagt. Nach der Grundsteinlegung wird in der Reichskanzlei auf Einladung des Reichskanzlers ein Frühstück gegeben.

Die „Bremen“-Flieger in Philadelphia. Nobles Flugplan.

Kings Bay. Ueber den Flugplan General Nobles wird bekannt, daß zunächst ein erster Erkundungsflug um den Pol beabsichtigt ist, sodann ein Flug nach Kaiser Nikolaus II.-Land und Lenin-Land und schließlich ein direkter Vorstoß zum Nordpol.

Bericht Nobles über die Fahrt nach Spitzbergen.

Rom. General Nobles landete an die Agensia Stefani folgenden Bericht über seine Fahrt nach Spitzbergen: Die Fahrt der Italia von Vadoles nach den Bäreninseln vollzog sich ohne bemerkenswerte Schwierigkeiten trotz Nebels und fortwährender Schneefürne. Die atmosphärischen Bedingungen erwiesen sich als verchieden von denen, die man vorausgesetzt hatte. Anstatt auf die Rückseite eines Cyclons zu treffen, wie man angenommen hatte, mußte man den vorderen Teil eines anderen Cyclons, der von Island kam, durchqueren. Infolgedessen trat man nicht auf Nordwinde, sondern auf Südwinde, die die Geschwindigkeit des Luftschiffes verminderten und diese auf über 120 Stundenkilometer erhöhten. Mitten in dem letzten bestigsten und längsten Sturm irrte das Luftschiff von seinem Kurs ab und befand sich dann über dem Kanal zwischen den Brins Karl-Jensels und Ostspitzbergen. Bei der Annäherung an Kings Bay erwiesen sich die Funksignale der Citta di Milano als sehr nützlich. Da es gefährlich war, bei dem heftigen Wind den Ballon in die Halle zu bringen, entließ sich General Nobles, auf dem Meere niederzulegen. Als die Italia um 11,30 Uhr über der Bucht eintraf, blühte Citta di Milano die große Flagge. Um 12,45 Uhr wurden die Töne herabgeworfen, und mit Hilfe der Matrosen der Citta di Milano konnte das Luftschiff landen. Bei dem Landungsmannöver wurde das Luftschiff leicht beschädigt. Der Schaden kann in wenigen Stunden ausgebessert werden. Sobald der Wind sich legte, wurde die Italia in die Halle gebracht. General Nobles fügte hinzu, daß bei der Ueberquerung des Beringsmeeres ein Motor außer Betrieb gesetzt wurde. Er wird unerschütterlich durch einen Reservemotor ersetzt werden. Alle Vorbereitungen für den bevorstehenden Flug werden am Freitag beendet sein.

Scharfe Kontrolle der Nachrichten über den Nordpolflug Nobles.

Rom. Der Podesta von Mailand verbietet den Blättern Telegramme, Radiotelegramme und Telephonate ausmündiger Agenturen oder aus dem Auslande kommende Nachrichten abzugeben, die sich mit dem Flug der Italia zum Nordpol beschäftigen. Die italienischen Zeitungen sollen nur die Berichte der beiden Journalisten, die sich im Gefolge Nobles befinden, sowie die Nachrichten der Agensia Stefani abdrucken. Jede undeutliche Radioaufnahme der Berichte der beiden genannten Journalisten und der Agensia Stefani würden als eine Verletzung der Rechte derjenigen italienischen und ausländischen Blätter betrachtet werden, die sich die Erlaubnis hierzu von zuständiger Stelle erkauft haben.

Streik der württembergischen Textilarbeiter.

Stuttgart. Eine gestern hier abgehaltene stark besuchte Konferenz der württembergischen Textilarbeiter fasste eine Entschliessung, in der der Verbandsleiter ein volles Vertrauen auszusprechen und beschloffen wird, in den Streik einzutreten. Die Verbände der Maschinisten und Felker, der Metallarbeiter, der Handwerker und der Werksmeister haben sich durch ihre Vertreter mit den württembergischen Textilarbeitern solidarisch erklärt.